

FRIEDRICH HAMMACHER UND DER BERGBAU-VEREIN¹

von
STEFAN PRZIGODA

Essen war und ist ein Zentrum des Ruhrbergbaus. Viele bedeutende Bergbauunternehmen und -verbände hatten hier ihren Sitz, so auch der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, der vielen wohl besser unter dem Kurznamen Bergbau-Verein bekannt ist. Die Gründung des Vereins und seine Geschichte in den ersten gut drei Jahrzehnten seines Bestehens sind untrennbar mit dem Namen des Essener Juristen Friedrich Adolf Hammacher verbunden. Im Folgenden sollen der Verbandspolitiker Hammacher und seine Bedeutung für den Bergbau-Verein im Vordergrund stehen. Viele andere Facetten dieser vielschichtigen Persönlichkeit können nicht oder nur am Rande behandelt werden.

Vom bürgerlichen Revolutionär zum nationalliberalen Wirtschaftsbürger

Friedrich Adolf Hammacher wurde am 1. Mai 1824 als drittes von neun Kindern in Essen geboren.² Er entstammte dem protestantischen Wirtschaftsbürgertum. Hammachers Großvater Johann Karl war 1780 nach Essen gekommen und hatte hier eine Essigbrauerei gegründet. Nach seinem Tod 1820 übernahm sein Sohn Johann Friedrich – also Friedrich Adolfs Vater – den

¹ Geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrages vor dem Historischen Verein für Stift und Stadt Essen e.V. am 27. November 2003.

² Vgl. zur Biographie Hammachers Alex Bein, Friedrich Hammacher. Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers 1824–1904, Berlin 1932; ders., Friedrich Hammacher, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 2, Münster 1937, S. 46–67; Erhard Kiehnbaum, „Wäre ich auch zufällig ein Millionär geworden, meine Gesinnungen und Überzeugungen würden dadurch nicht gelitten haben ...“ Friedrich Annekes Briefe an Friedrich Hammacher 1846–1859, Wuppertal 1998, S. XIII–XXI; Stefan Przigoda, Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858–1933, Bochum 2002, bes. S. 150–153; Wilfried Reininghaus, Nach dem Scheitern der Revolution. Exemplarische Lebensläufe, in: ders. (Hrsg.), Für Freiheit und Recht – Westfalen und Lippe in der Revolution 1848/49, Münster 1999, S. 135–138; Gustav Seeber/Walter Wittwer, Friedrich Hammachers Aufzeichnungen über den Bergarbeiterstreik von 1889, in: Jahrbuch für Geschichte 16 (1977), S. 403–458, S. 403ff.; Friedrich Zunkel, Friedrich Adolf Hammacher, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 7, Berlin 1966, S. 588f. Vgl. ferner Hammachers „Notizen über meinen äußeren Lebensgang“ im Nachlaß Hammacher, Bundesarchiv Berlin, NL 2105, Sig. 49. Der Text liegt als Konzept sowie als Reinschrift vor. Letztere wurde offensichtlich von verschiedenen Personen und über einen längeren Zeitraum hinweg niedergeschrieben und weist verschiedene Korrekturen auf. Vermutlich sind die Aufzeichnungen in den 1890er Jahren oder später entstanden.

Betrieb. Der junge Friedrich besuchte in Essen das Gymnasium am Burgplatz und absolvierte 1841 sein Abitur. Am 2. November desselben Jahres nahm er ein Jurastudium an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Bonn auf, das er im Sommer 1843 in Berlin fortsetzte. Im folgenden Jahr legte er sein erstes Staatsexamen in Hamm ab und trat im November 1844 als Auskultator beim Stadt- und Landgericht Essen ein, wo er bis Ende September 1845 tätig war. Daran schloß sich der Militärdienst als Einjährigfreiwilliger bei einem Regiment in Münster an.

Hammachers Jugend und Ausbildung fallen in die Jahre vor der Revolution 1848/49. Die allgemeine Aufbruchstimmung erfaßte auch ihn und wie viele seiner Altersgenossen hing er liberalen und nationalen Ideen an und verkehrte sogar in radikal-demokratischen und sozialistischen Kreisen. Schon während seiner Essener Schulzeit hatte sein Vater geklagt, daß er seine ganze Autorität aufbringen müsse, „um ihn von der Teilnahme an dummen Streichen abzuhalten, welche mehrere seiner Mitschüler hier verübt haben, die dafür jetzt noch auf der Festung brummen“.³ Unklar bleibt, inwieweit sich die väterliche Klage auf eventuelle politische Aktivitäten Friedrichs bezog. Jedoch läßt sein Eintritt in das Studentenkorps Westphalia gleich in den ersten Tagen seiner Bonner Studienzeit eine derartige Vermutung zulässig erscheinen. Dem Studenten Hammacher attestierte sein Biograph Alex Bein, daß „er jedenfalls schon sehr radikale Ansichten vertreten“ habe.⁴ Wohl während seiner Militärzeit in Münster lernte er den Artillerieoffizier Friedrich Anneke kennen, der 1846 wegen seiner Kontakte zu sozialistischen Kreisen aus der Armee entlassen wurde.⁵ In diesen Jahren traf er auch Franziska Rollmann, die eine enge Freundin von Mathilde Franziska Anneke war und die er am 21. November 1851 heiratete.

Die Anfänge der Revolution erlebte Hammacher 1848 als Referendar in seiner Heimatstadt Essen. Er verkehrte in angesehenen Essener Familien und engagierte sich in Bürgerwehr und Liedertafel. Er selbst bezeichnete sich zu dieser Zeit als „entschiedener Demokrat“⁶, jedoch prägte letztlich ein „unbestimmtes Sehnen und Kämpfen um Freiheit, gegen Gesellschaftszwang und soziale Unterdrückung“ seine politische Einstellung.⁷ Seine Bereitschaft zu politischen und gesellschaftlichen Veränderungen blieb allerdings in den Grenzen der bürgerlich-liberalen Gedankenwelt befangen. In diesem Sinn war er an den Emanzipationsbestrebungen des Bürgertums in der Revolu-

³ Zit. nach Bein, Hammacher (1932), S. 8.

⁴ Bein, Hammacher (1932), S. 11.

⁵ Zur Biographie Annekes vgl. Kiehnbaum, „Wäre ich auch zufällig ...“ (wie Anm. 2), S. VII–XVI.

⁶ Zit. nach Bein, Hammacher (1932), S. 19.

⁷ Ebd., S. 14. Vgl. ferner S. 17–31 sowie Friedrich Zunkel, *Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert*, Köln/Opladen 1962, S. 170–182.

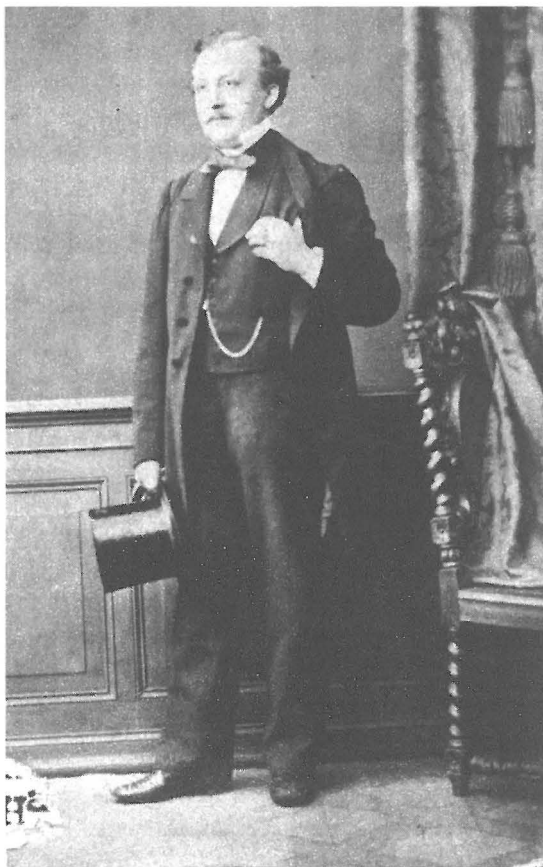
tion beteiligt, doch zunächst blieb er überwiegend passiv. Erst die Auflösung der Nationalversammlung veranlaßte Hammacher zu einem aktiven Vorgehen gegen die Berliner Regierung. Mit Anderen initiierte er im November 1848 in Münster den Kongreß für die Sache und Rechte der preußischen Nationalversammlung und des preußischen Volkes. Die Versammelten stellten sich hinter die Nationalversammlung und forderten zur Steuerverweigerung auf. Daraufhin wurden Hammacher und andere Initiatoren des Kongresses am 27. November 1848 verhaftet und erst am 5. April 1849 wieder freigelassen.

Nun trafen ihn die Gegenmaßnahmen der preußischen Regierung, die mittels Straf- und Disziplinarrecht gegen ihn und andere führende Kongreßteilnehmer vorging. Sie wurden wegen „Erregung von Aufruhr“ angeklagt und blieben trotz des Freispruchs im Dezember 1850 den Repressalien der Reaktion ausgesetzt. Am 8. September 1851 wurde Hammacher nach vorheriger Suspendierung aus dem Staatsdienst entlassen. In den nächsten knapp drei Jahren leitete er das Mülheimer Büro des Düsseldorfer Rechtsanwaltes Köppelmann. Als Rechtsberater verschiedener Unternehmen konnte er dabei bereits Kontakte zu Industriekreisen anknüpfen. Parallel bemühte sich Hammacher erfolglos um seine Wiederaufnahme in den Staatsdienst. Im Sommer 1854 wurde ihm schließlich auch noch die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen. Nachdem ihm die angestrebte Karriere in der staatlichen Justiz endgültig verbaut war, wandte er sich ganz der Wirtschaft zu. Offenbar geschah das nicht ohne gewisse Vorbehalte. Er glaubte sich „noch nicht genügend amerikanisiert, [...] um an der Arbeit um bloßen Geldverdienst dauernd Befriedigung zu finden“. Vielmehr „sehnte er sich nach einem idealen Berufe“.⁸ Diese idealistische Grundhaltung sollte sich Hammacher zeitlebens bewahren.

Gleichwohl markiert das Jahrzehnt nach der gescheiterten Revolution das Ende von Hammachers Jugendjahren. Im deutschen Bürgertum und auch bei Hammacher führte das Scheitern der Revolution zu einer Abkehr von den vormärzlichen Idealen und zu einer Entpolitisierung, die mit einer zunehmenden Akzeptanz des autoritären Obrigkeitsstaates einherging. Resigniert schrieb Hammacher am 17. Juni 1849 an seine Braut Franziska Rollmann, daß man „jetzt wieder an unsere Privatinteressen denken“ müsse.⁹ In den folgenden Jahren wandelte er sich vom bürgerlichen Sympathisanten revolutionärer Ideen zum staatstreuen nationalliberalen Wirtschaftsbürger. Sein alter Freund Friedrich Anneke, dessen Leben nach der Revolution einen gänzlich anderen Verlauf genommen hatte, stellte im August 1859 fest: „Du,

⁸ Bein, Hammacher (1932), S. 30f.

⁹ Ebd., S. 28. Zur Entpolitisierung des Wirtschaftsbürgertums nach 1848/49 vgl. Zunkel, Rheinisch-Westfälische Unternehmer (wie Anm. 7), S. 182–188; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges (1849–1914), München 1995, S. 108f.



Friedrich Hammacher

lieber Fritz, bist ein guter konstitutioneller Preuße geworden [...]; ich bin der alte social-demokratische Republikaner geblieben.“¹⁰ Wenige Wochen später beendete Anneke den Kontakt. „Den ‚Dr. jur. Hammacher‘ habe ich nie gekannt und mit dem Dr. jur. Hammacher kann ich auch keine konventionelle Korrespondenz führen; ich kannte nur meinen alten Freund Fritz Hammacher oder ‚Friede‘ und der lebt nicht mehr wie ich sehe.“¹¹

Bereits in den Jahren nach der Revolution hatte sich Hammacher mit diversen geschäftlichen Transaktionen einen Kapitalgrundstock erworben, auf dem er nach dem erzwungenen Ende seiner juristischen Karriere aufbauen konnte. 1856 siedelte er wieder nach Es-

sen über und in der Folgezeit beteiligte er sich an der Gründung einer Reihe von Bergbaugesellschaften.¹² Eines der bekanntesten Unternehmen ist wohl

¹⁰ Friedrich Anneke an Friedrich Hammacher in Mülheim, Mailand, 13.8.1859, Zit. nach Kiehnbaum, „Wäre ich auch zufällig ...“ (wie Anm. 2), S. 135.

¹¹ Friedrich Anneke an Friedrich Hammacher in Mülheim, Zürich, 30.8.1859, Zit. nach Kiehnbaum, „Wäre ich auch zufällig ...“, S. 136f. Vgl. auch ebd., S. XXf. Den Kontakt zu Annekes Frau Mathilde Franziska ließ Hammacher allerdings nicht abreißen. Siehe Reininghaus, Nach dem Scheitern (wie Anm. 2), S. 137. Hammacher war im April 1856 von der Universität Tübingen aufgrund einer Arbeit über die nassauische Zivilprozeßreform in Abwesenheit zum Dr. jur. promoviert worden.

¹² Vgl. dazu die wenigen Unterlagen im Nachlaß Hammacher, Bundesarchiv Berlin, NL 2105, Sig. 70; Bein, Hammacher (1932), S. 38f. u. S. 67f.; Denkschrift zur Erinnerung an das 50jährige Bestehen der Arenberg'schen Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Essen (Ruhr), Düsseldorf o. J. [1906], S. 11 u. S. 37.



Aktie der Arenberg'schen Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb

die Arenberg'sche Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, die Hammacher zusammen mit anderen namhaften Gewerken, darunter Ernst und Friedrich Wilhelm Waldthausen, am 12. Januar 1856 gründete. Er übernahm den Vorsitz im Verwaltungsrat, den er aber am 8. Mai 1868 niederlegte. 1869 schied er dann vollends aus dem Gremium aus. Dies blieb offensichtlich seine einzige direkt leitende Funktion in einem Unternehmen.¹³ Ebenso war Hammacher an der Gründung der Bergbau-Aktiengesellschaften Pluto und Tremonia, der Magdeburger Bergwerks-AG und der Aktiengesellschaft Porta Westphalica beteiligt. Daneben engagierte er sich aber schon früh in anderen Branchen. 1864 wirkte er an der Bildung der Westdeutschen Versicherungsbank AG und später an der der Deutschen Unionsbank in Berlin mit. Wie die letzten Beispiele zeigen, blieben seine wirtschaftlichen Aktivitäten und finanziellen Interessen nicht auf das Ruhrgebiet und den Bergbau beschränkt.

¹³ Insofern ist Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3 (wie Anm. 9), S. 117 zu widersprechen, der Hammachers Laufbahn als Beispiel für das Aufkommen der angestellten Direktoren anführt. Vielmehr illustriert seine Karriere die oft unscharfe Grenze zwischen angestellten Unternehmern und Eigentümern.

Die Gründung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund

Hammacher trat in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre aber nicht nur als Mitbegründer und Anteilseigner von Unternehmen auf. Seine nachhaltigste Wirkung entfaltete er bei der Organisation der Interessen der rheinisch-westfälischen Bergbauunternehmen. Dabei ist sein Name insbesondere mit der Gründung des Bergbau-Vereins Ende 1858 verbunden, die sich Hammacher in seinen Erinnerungen selbst zugute hielt: „Im Jahre 1857 [sic!] begründete ich den Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, den ersten größeren Verein Deutschlands, der sich die Verfolgung der gemeinsamen Interessen eines bestimmten Gewerbezweiges zur Aufgabe stellte.“¹⁴ Natürlich greift solch eine personalistische und monokausale Begründung zu kurz. Unzweifelhaft war Hammacher eine treibende Kraft bei der Organisationsbildung im Ruhrbergbau, aber er agierte nicht unabhängig von anderen Bergbauunternehmen und den zeitgenössischen Rahmenbedingungen.

Im historischen Kontext markiert die Gründung des Bergbau-Vereins keineswegs den Beginn, sondern vielmehr einen vorläufigen Höhepunkt einer bereits seit etwa einem Vierteljahrhundert andauernden Phase gemeinschaftlicher unternehmerischer Interessendefinition und -politik.¹⁵ Seit Anfang der 1830er Jahre hatten sich immer wieder Gewerken zur gemeinsamen Vertretung ihrer Belange zusammengefunden. Wichtige Motive hierfür waren die wachsende Opposition gegen die autoritär-dirigistische Leitung der Bergwerke durch die Bergbehörden sowie die Widerstände gegen als zu hoch empfundene Abgaben. Entscheidende Impulse gingen überdies von den 1826 begonnenen Arbeiten zur Vereinheitlichung und Liberalisierung des preußischen Bergrechts aus. Sie boten einen Ansatzpunkt für die Mitgestaltung der künftigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Nicht zuletzt kamen schon früh Versuche zu regulierenden Eingriffen in den Kohlenmarkt hinzu. Doch beschränkten sich die Maßnahmen zur gemeinsamen Interessenwahrung zunächst auf Eingaben, Petitionen und Beschwerdeschriften oder auf informelle Absprachen. Den wenigen Ansätzen zu einer Institutionalisierung war in der Regel nur ein kurzes Leben beschieden.

Neben diese voluntaristischen Organisationstendenzen trat in den 1840er Jahren mit dem Wunsch nach Errichtung einer Gewerkenkammer nach dem

¹⁴ „Notizen über meinen äußeren Lebensgang“ (wie Anm. 2), Bl. 10.

¹⁵ Vgl. zur Vorgeschichte und Gründung des Bergbau-Vereins sowie zur frühen Verbandspolitik grundsätzlich Przigoda, Unternehmensverbände (wie Anm. 2), S. 25–47 sowie Evelyn Kroker, Industrialisierung und bergbauliche Verbandspolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Der Anschnitt 29 (1977), S. 110–120; Bein, Hammacher (1932), S. 40ff.; Olaf Schmidt-Rutsch, William Thomas Mulvany. Ein irischer Pragmatiker und Visionär im Ruhrgebiet 1806–1885, Köln 2003, S. 190f. und passim.

Vorbild der Handelskammern, in denen der Bergbau nicht vertreten war, eine zweite Stoßrichtung.¹⁶ Allerdings zeigte sich gerade hier, wie weit die Emanzipationsbestrebungen einer wirtschaftsliberalen Unternehmerschaft und die Herrschaftsansprüche einer obrigkeitsstaatlichen Beamtenschaft auseinander klappten. Diese Widersprüche verhinderten die Gründung einer Bergbaukammer, so daß die Unternehmen zwangsläufig auf den Weg der freien Vereinigung verwiesen wurden.

Die sukzessive Liberalisierung des Bergrechtes seit 1851 und die Weltwirtschaftskrise 1857–1859 beschleunigten schließlich die Organisationsbildung im Ruhrbergbau. Eine auf Initiative des Oberbergamtes Dortmund einberufene Gewerkenversammlung wählte am 1. Februar 1858 ein Comité für den Kohlenabsatz nach dem Osten, dem auch Hammacher angehörte. Eine Hauptaufgabe war die Aushandlung günstigerer Frachttarife mit den Eisenbahngesellschaften. Im September 1858 forderte das Comité in einer von Hammacher entworfenen Denkschrift die Einführung des sog. Einpfennigtarifs (1 Pfennig pro Zentner und Meile). Auch die vier Vertreter des Oberbergamtes im Comité hatten die Denkschrift unterzeichnet. Sie wurden deshalb vom preußischen Handelsminister gerügt und zum sofortigen Austritt aus dem Gremium aufgefordert. Dies dürfte der letzte Anstoß für die Gründung eines eigenen, freien Interessenverbandes der rheinisch-westfälischen Bergbauunternehmen gewesen sein.

Im November 1858 erschien in mehreren Lokalzeitungen des Ruhrgebiets eine Anzeige, in der das dringende „Bedürfnis [...] die allgemeinen Interessen des Bergbaus und der Bergbautreibenden in dem niederrheinisch-westfälischen Industriedistrikte durch gemeinsames Berathen und Handeln zu fördern“ hervorgehoben und alle Gewerkschaftsvorstände im Oberbergamtsbezirk Dortmund zur „Bildung eines allgemeinen Gewerkenvereins“ eingeladen wurden.¹⁷ Repräsentanten und Vertreter von 51 Bergbaugesellschaften folgten dem Aufruf und versammelten sich am 20. November 1858 im Essener Hotel Berghaus. Hier traten vor allem der Duisburger Montanunternehmer Hugo Haniel, der die Versammlung eröffnete, und Friedrich Hammacher, der anschließend die Leitung übernahm und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Interessenvertretung begründete, hervor. Beide gehörten dem Comité für den Kohlenabsatz nach dem Osten an, das man als

¹⁶ Zwar waren mehrere Bergbauunternehmer über ihr Engagement in anderen Branchen in den Handelskammern präsent, aber erst mit dem Handelskammergesetz vom 7.2.1870 wurden Bergbauunternehmen offiziell zugelassen.

¹⁷ Die Annonce ist abgedruckt im Bericht über die 50. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 16.5.1908, S. 5, Bergbau-Archiv Bochum (BBA) 16/72 und in: Die Entwicklung des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlen-Bergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, hrsg. vom Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, 12 Bde., Berlin 1902–1905, Bd. 11, S. 41f. Sie erschien in Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg und Köln.

Keimzelle des Bergbau-Vereins ansehen kann. Am 17. Dezember 1858 fand schließlich dessen konstituierende Versammlung statt.

Während es in anderen Branchen erst in den 1870er Jahren im Kontext der Gründerkrise zu einem Organisationsschub kam, war im Ruhrbergbau schon früh ein freier, regionaler Unternehmensverband für die Definition und Vertretung branchenspezifischer Interessen entstanden. Allerdings handelte es sich dabei keineswegs um ein homogenes Gebilde. Vielmehr spiegelten der Verband und seine Gründung die räumlich heterogenen Strukturbedingungen, Interessenlagen und Mentalitäten im Ruhrrevier wider. Es waren primär die größeren Zechen, insbesondere die Werke aus dem Bergamtsbezirk Essen-Werden, die die Gründung des Bergbau-Vereins vorantrieben und deren Repräsentanten die innerverbandlichen Geschicke bestimmten. Demgegenüber spielten die kleineren, vornehmlich im märkischen Teil des Ruhrgebiets liegenden Zechen eine nachgeordnete Rolle. Hier gab es mit dem Märkischen Gewerkenverein bereits einen regional begrenzten und lockeren Zusammenschluß von Bergwerken aus dem Dortmunder und Wiltener Raum, der zunächst bestehen blieb und sich erst im Juni 1859 auflöste.

Hammachers erste Jahre als Vereinsvorsitzender

Wenige Wochen nach der konstituierenden Gründungsversammlung trat auf Einladung Hammachers der Vereinsvorstand am 3. Januar 1859 zum ersten Mal zusammen. Ursprünglich sollte Hugo Haniel zum Vorsitzenden gewählt werden, der die Wahl jedoch nicht annahm, weil „seine vielen anderweitigen Geschäfte es ihm nicht gestatteten, für die Interessen des Vereins in erwünschtem Maaße thätig zu sein“.¹⁸ An seiner Stelle wählte der Vorstand Friedrich Hammacher, der dem Bergbau-Verein über 30 Jahre lang präsidieren und seine Geschicke maßgeblich gestalten sollte. Für die Wahl Hammachers sprachen zum einen seine persönlichen Qualitäten, wie z. B. Verhandlungsgeschick, Integrationsvermögen und Durchsetzungskraft, und seine hervorragende Rolle bei der Vereinsgründung. Zum anderen dürfte im Hinblick auf die noch nicht abgeschlossene Bergrechtsreform aber auch seine juristische Qualifikation ein wichtiges Kriterium gewesen sein. Insofern mutet zwar die Übernahme des Verbandsvorsitzes durch einen promovierten Juristen aus heutiger Sicht modern an, war damals aber zu einem Gutteil durch die konkret anstehenden Vereinsaufgaben motiviert.¹⁹

Es ist hier nicht der Raum, die Geschichte und die Tätigkeiten des Bergbau-Vereins bis zum Ende der Ära Hammacher ausführlich zu würdigen. Vielmehr soll anhand einzelner Episoden versucht werden, Hammachers Wirken als Vorsitzender und sein Verhältnis zum Bergbau-Verein und den Bergbauindustriellen im Ruhrgebiet zu beleuchten.

¹⁸ Protokoll über die Sitzung des Vorstandes des Bergbau-Vereins am 3.1.1859, BBA 16/90.

¹⁹ Vgl. Kroker, Industrialisierung (wie Anm. 15), S. 113.

Mit der Bergrechtsreform und der Verkehrspolitik, die eng mit der angestrebten Absatzförderung verbunden war, konzentrierten sich die Verbandstätigkeiten in den ersten Jahren auf zwei Themen, die wesentlich zur Gründung des Bergbau-Vereins geführt hatten. Der seit 1858 geforderte Einpfennigtarif für den Bahntransport von Ruhrkohle wurde im Frühjahr 1861 Realität, und, obwohl die preußische Bergverwaltung mit dem Handelsminister an der Spitze dem Bergbau-Verein die formale Anerkennung als kollektive Interessenvertretung des Ruhrbergbaus versagte, konnte der Verband auch die Ausgestaltung der Bergrechtsreform maßgeblich beeinflussen. Schon das Freizügigkeitsgesetz vom 21. Mai 1861 erfüllte „selbst die kühnsten Erwartungen“ der Unternehmer.²⁰ Ebenso wurde bei der Formulierung des Allgemeinen Berggesetzes für die preußischen Staaten, mit dessen Inkrafttreten am 1. Oktober 1865 die Bergrechtsform ihren Abschluß fand, „auf die vereinsseitig ausgesprochenen Redaktionswünsche [...] in wirklich überraschender Weise Rücksicht genommen“.²¹

Daß die im Bergbau-Verein organisierten Unternehmer diese Erfolge durchaus anerkannten und wesentlich dem Wirken Hammachers zuschrieben, zeigt dessen Ehrung anläßlich seines fünfjährigen Jubiläums als Vorsitzender. William T. Mulvany, der den Feierlichkeiten nicht beiwohnen konnte, würdigte Hammacher in einem Schreiben als „hochbegabten, energischen, taktvollen Führer, dessen Bestrebungen so erfolgreich gewesen sind“ und dem er im „vollsten Maass unsere Achtung und Verehrung“ zollte.²²

Paradoxerweise trugen aber gerade die Erfolge verbandlicher Interessenpolitik dazu bei, die Legitimationsbasis des Vereins auszuhöhlen. Mit dem Ende der staatlichen Direktion und der erfolgreichen Mitgestaltung am Allgemeinen Berggesetz waren zentrale Gründungsziele erreicht worden. Hinzu kam, daß mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise ein weiterer Organisationsanreiz an Wirkungskraft einbüßte. Angesichts glänzender Zukunftsperspektiven rückten wieder die Partikularinteressen in den Vordergrund und verstärkten die Zentrifugalkräfte innerhalb des Unternehmerlagers. Die Zukunft des Bergbau-Vereins schien wenige Jahre nach seiner Gründung in Frage gestellt. In dieser kritischen Situation trat Hammacher engagiert für den Fortbestand des Verbandes als Organ der kollektiven Definition und Vertretung der Unternehmensinteressen des Ruhrbergbaus ein. In der Generalversammlung im Dezember 1864 führte er die bisherigen Erfolge auf. Sie seien nur möglich gewesen, weil die

²⁰ Berggeist 5 (1860), S. 63 und Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg ²1981, S. 185. Vgl. ferner Przioda, Unternehmensverbände (wie Anm. 2), S. 38ff.

²¹ Vereinsgeschäftsführer Karl von Bernuth in der 5. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 29.12.1863, S. 13, BBA 16/3.

²² William T. Mulvany an Friedrich Hammacher, London, 4.4.1859, Nachlaß Hammacher, Bundesarchiv Berlin, NL 2105, Sig. 32.



*Das 1902 fertiggestellte Dienstgebäude des Bergbau-Vereins
an der Essener Friedrichstraße/Ecke Bismarckstraße*

Bergbauunternehmen mit einer Stimme gesprochen hätten. „Das volle Gewicht, welches unser Verein nach allen Richtungen in die Waagschale warf, wurde nur dadurch erreicht, daß unser Verein identisch ist mit allen Bergbau-Interessen des niederrheinisch-westfälischen Bergwerksreviers, und daß unsere Vereinsvertreter sagen und schreiben konnten, wir reden und schreiben Namens sämtlicher Grubenbetheiligten eines Bezirkes, der den wirthschaftlichen Wert manchen deutschen Staates vertritt.“²³ Hammacher wußte indes, daß weniger vergangene Erfolge, sondern nur neue gemeinsame Ziele die Existenz des Verbandes sichern konnten. Programmatisch skizzierte er deshalb künftige Tätigkeitsfelder, die „im Interesse unser Aller zweckmäßiger von der Gesamtheit, als von einem Theile in die Hand genommen“ werden sollten. Bekanntlich teilte der Bergbau-Verein nicht das Schicksal seiner Vorgänger, sondern entfaltete in den kommenden Jahrzehnten jene Macht und jenen Einfluß, die ihn zu einem der bedeutendsten Interessenverbände im Kaiserreich werden ließen.

²³ 6. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 5.12.1864, S. 7f., BBA 16/4. Vgl. auch Rudolf Tschirbs, Ruhrunternehmer und Bergarbeiterstreik 1889, in: Karl Ditt/Dagmar Kift (Hrsg.), 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989, S. 87–112 u. S. 224–228, S. 105.

Der Politiker und Verbandsfunktionär Hammacher im Spannungsfeld zwischen industriellen Interessen und Gemeinwohl

Neben seinen wirtschaftlichen Aktivitäten betätigte sich Hammacher schon bald nach der Enttäuschung von 1848/49 auch wieder in der Politik, zunächst beschränkt auf sein engeres Lebensumfeld. Als Stadtverordneter war er seit 1853 in der Mülheimer und – nach seiner Übersiedlung 1856 – seit Ende 1858 in der Essener Kommunalpolitik engagiert tätig. Besonders widmete er sich dem Schulwesen. Die Errichtung einer lateinlosen Realschule 1863 und einer Stiftung zur Förderung begabter Fortbildungsschüler 1873 gingen auf seine Initiative zurück. Ebenso trat er bei der Gründung des Essener Stadtgartens²⁴ hervor, wofür ihm die Stadt Essen 1888 die Ehrenbürgerwürde verlieh.

Mit dem Gewinn des Wahlkreises Essen-Duisburg und dem Einzug in das Preußische Abgeordnetenhaus erfuhr Hammachers politische Karriere 1863 einen entscheidenden Sprung. Nach dem preußischen Sieg über Österreich vollzog sich im deutschen Bürgertum ein Sinneswandel, den Reininghaus für die Person Hammachers prägnant formuliert: „Er setzte die Einheit über die Freiheit.“²⁵ Folgerichtig verließ Hammacher 1866 die liberale Fortschrittspartei und trat der Nationalliberalen Partei bei. 1869 wurde er im Wahlkreis Halle (Saale) auch in den Reichstag gewählt. Beiden Parlamenten gehörte er bis 1898 an, letzterem mit kurzen Unterbrechungen. Daneben war er Mitglied in zahlreichen Verbänden und Vereinigungen. Im Deutschen Handelstag fungierte er von 1879 bis 1886 als stellvertretender Vorsitzender. Die gleiche Funktion bekleidete er in der von ihm mit ins Leben gerufenen Deutschen Kolonialgesellschaft. Seine Aktivitäten in der rheinisch-westfälischen Industrie traten zusehends hinter der parlamentarischen und politischen Tätigkeit in Berlin zurück. 1872 zog er schließlich vollends in die Hauptstadt um.

Als Mitglied der entsprechenden Parlamentskommissionen und als Sprecher der Nationalliberalen Partei in Fragen der Zoll-, Eisenbahn- und Sozialpolitik gewann Hammacher schnell Einfluß, und er vertrat dabei auch die Belange des Ruhrbergbaus, so z. B. bei den Beratungen über die Bergrechtsreform oder über die Eisenbahnpolitik.²⁶ Ihn jedoch ausschließlich als industriellen Verbandsfunktionär zu sehen, wird seiner komplexen Persönlichkeit nicht gerecht. Er vertrat durchaus eigene Anschauungen und Interessen und vereinzelt bezog er auch gegen die Mehrheitsmeinung in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie Stellung.

Dies zeigte sich nicht zuletzt in den Diskussionen über die Handels- und Zollpolitik in den 1870er Jahren.²⁷ In seiner Doppelfunktion als nationallibe-

²⁴ Siehe den Beitrag von Klaus Wisotzky in diesem Band.

²⁵ Reininghaus, Nach dem Scheitern (wie Anm. 2), S. 137. Vgl. auch Bein, Hammacher (1937), S. 54.

²⁶ Vgl. Bein, Hammacher (1932), S. 56; Kroker, Industrialisierung (wie Anm. 15), S. 114.

²⁷ Vgl. Schmidt-Rutsch, Mulvany (wie Anm. 15), S. 301–327; Bein, Hammacher (1932), S. 68–82.

raler Abgeordneter einerseits und als Vorsitzender des Bergbau-Vereins und Vertreter der rheinisch-westfälischen Montanindustrie andererseits stand Hammacher im Spannungsfeld der widerstreitenden Interessen. Etwa seit den 1860er Jahren orientierte sich die Politik der preußischen und schließlich nach 1871 auch die der Reichsregierung am wirtschaftsliberalen Dogma des Freihandels. Demgegenüber war die rheinisch-westfälische Eisenindustrie an der Aufrechterhaltung der Schutzzölle und der damit verbundenen Wettbewerbsvorteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz bedacht. Auch die Bergbauunternehmen waren am Wohlergehen der eng mit ihr verflochtenen Eisenindustrie interessiert. So wandten sich der Bergbau-Verein und sein Vorsitzender 1868 gegen eine Absenkung der Zölle, ohne allerdings das Freihandelsprinzip grundsätzlich in Frage zu stellen. Vielmehr plädierten sie dafür, der Eisenindustrie eine Übergangsfrist einzuräumen und ihr so die Anpassung an den internationalen Wettbewerb zu ermöglichen.²⁸ Mit den gleichen Argumenten sprach sich Hammacher auch 1873 gegen den Gesetzentwurf der Reichsregierung aus, der die völlige Aufhebung der Roheisenzölle zum 1. Oktober 1873 vorsah. In realistischer Einschätzung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse bahnte er erfolgreich einen pragmatischen Kompromiß an. Zwar beschloß der Reichstag, die Roheisenzölle wie geplant aufzuheben, aber der Wegfall der übrigen Stahl- und Eisenzölle konnte bis Anfang 1877 hinausgezögert und somit der Eisenindustrie eine Atempause verschafft werden.

Im Unterschied zu vielen rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen trat Hammacher also nicht als dogmatischer Schutzzollbefürworter auf. Vereinsintern sah er sich deshalb harscher Kritik ausgesetzt, und im Kontext der Gründerkrise verschärften sich die Differenzen noch. 1875 erwog Hammacher offenbar sogar seinen Rücktritt vom Vereinsvorsitz. Welche Schärfe die innerindustrielle Debatte inzwischen erlangt hatte, zeigt ein Schreiben von Gustav Natorp, der 1864 auf Vermittlung seines Studienfreundes Hammacher die Geschäftsführung des Bergbau-Vereins übernommen hatte: „Ich kann mir ja lebhaft vorstellen, wie der Fanatismus, womit hier in manchen Kreisen für die Zölle eingetreten wird, Dich anwidern muß“, so schrieb er an Hammacher.²⁹ In der kurz darauf stattfindenden Generalversammlung des Bergbau-Vereins sah sich Hammacher veranlaßt, zu seiner Haltung in der Zollfrage Stellung zu nehmen. Diese läge ihm „aus naheliegenden Gründen sehr am Herzen, weil ich am Besten weiß, daß schädliche Mißverständnisse

²⁸ Vgl. außerordentliche Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 27.4.1868, BBA 16/8.

²⁹ Gustav Natorp an Friedrich Hammacher, 4.12.1875, Nachlaß Hammacher, Bundesarchiv Berlin, NL 2105, Sig. 34. Zu Gustav Natorp vgl. Przigoda, Unternehmensverbände (wie Anm. 2), S. 169ff.; Karl Mews, Gustav Natorp. Drei Jahrzehnte Verkehrspolitik des rheinisch-westfälischen Bergbaus, in: Glückauf 66 (1930), S. 766–774 u. S. 804–809.

der verschiedensten Art in Bezug auf meine Anschauungen, also die des gegenwärtigen Vereins-Vorsitzenden, darüber obwalten. Daß ich, der ich den besten Theil meines Lebens und meiner Kräfte für die wirthschaftliche Entwicklung unsrer Gegend angewendet habe und der ich mit einem namhaften Theile meines Vermögens bei der Eisen-Industrie selbst theilhaftig bin, der Zollfrage gegenüber nicht gleichgültig sein kann, daß sie mich im höchsten Maße interessiert, wird jeder glauben und annehmen, auch ohne daß ich es versichere. In der Art der Behandlung der Zollfrage bestehen aber zwischen mir und vielen direkt berührten Interessenten verschiedene Meinungen, die sich einestheils darauf zurückführen lassen auf das Urtheil über die Wirkung, die die Erhaltung des Zolles auf die Lage der Eisen-Industrie ausüben würde, andernteils auf die einzuschlagenden Wege, um zum Ziele zu gelangen und einen besseren Zustand herbeizuführen.“ Er selbst sei zu der Auffassung gelangt, „daß der dormalige Zustand unserer Eisenindustrie derselbe sein würde, selbst wenn das Deutsche Reich mit einer Chinesischen Mauer umgrenzt wäre“.³⁰ Hammachers Äußerungen waren alles andere als eine Entschuldigung, sondern vielmehr eine selbstbewußte Erläuterung seiner Handlungsmotive, und auch in der Ende der 1870er Jahre erneut auflebenden Zolldiskussion behielt er seine Linie bei.

Daß sich Hammacher in seiner Rede als „gegenwärtigen Vereins-Vorsitzenden“ bezeichnete, läßt den Schluß zu, daß er tatsächlich an Rücktritt dachte und mit dieser Wendung sein Amt indirekt zur Disposition stellte. Offenkundig wollte aber die Mehrheit an Hammacher festhalten. Die Zollfrage war entschieden, so daß eine Abwahl in der Sache wenig gebracht hätte. Zudem hätte ein solcher Schritt die innerverbandlichen Konflikte in das Licht der Öffentlichkeit gerückt und so dem Ansehen des Vereins und damit seiner Durchsetzungskraft geschadet. Zum anderen berührte die Zollfrage die Interessen des Ruhrbergbaus nur indirekt. Die Repräsentanten vertikal strukturierter Montanunternehmen hatten in den verbandlichen Führungsgremien zwar schon immer eine gewichtige Rolle gespielt, aber trotz der Verflechtungen zwischen beiden Industriezweigen geriet die innerverbandliche Dominanz der reinen Bergbaugesellschaften erst nach der Jahrhundertwende ins Wanken.

In der Zollfrage hatte Hammacher also nicht als Sprachrohr der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, sondern vielmehr als pragmatische und auf einen Interessenausgleich bedachte Persönlichkeit mit durchaus eigenständigen Auffassungen agiert. Dies entsprach seinem mehrfach geäußerten Selbstverständnis von seiner Doppelfunktion als Repräsentant eines branchenbezogenen Interessenverbandes und als Parlamentarier. Aus Hammachers Sicht konnten nur „selbständig und unabhängig und aus freier Überzeugung handelnde Vertreter“ industrielle Interessen erfolgreich im

³⁰ 15. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 16.12.1875, S. 11–13, BBA 16/15.



Porträt Friedrich Hammachers

Parlament wahrnehmen.³¹ Dabei nahm er für sich in Anspruch, wie er 1883 anlässlich der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Bergbau-Vereins ausführte, daß er „niemals in den Dienst von Privatinteressen trete und für dieselben wirke, wenn ich dieselben nicht im Einklang finde mit dem gemeinen Wohle. (Lebhafter Beifall.) [...] Ich müßte mich vor mir selbst und vor Ihnen schämen, wenn ich nicht als Abgeordneter des Preußischen Volkes und als Mitglied des Deutschen Reichstags denselben Grundsatz nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch befolgt hätte. Dabei, m. H., habe ich aber das lebhafteste Gefühl gehabt, und ich bin oft von dem erhebenden und kräftigenden Bewußtsein getragen worden, daß die

wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Niederrheins und Westfalens mit den Interessen der gesamten Nation zusammentreffen. (Bravo!)“³²

Mit der Gleichsetzung branchenspezifischer und allgemeiner Interessen relativierte Hammacher sein Bekenntnis zur Gemeinwohlbindung bergbau-licher Interessenpolitik. Auch bei ihm deutete sich das für die meisten Bergbauunternehmer so charakteristische Macht- und Selbstbewußtsein als Produzenten des volkswirtschaftlich unverzichtbaren Rohstoffs Kohle an, das regelmäßig die Bekundungen des Bergbau-Vereins und seiner führenden Persönlichkeiten durchzog.³³ Diese Sichtweise stand in der Tradition der im

³¹ Zit. nach Bein, Hammacher (1932), S. 81.

³² 25. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 17.12.1883, S. 34, BBA 16/21.

³³ Vgl. exemplarisch 18. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 22.12.1877, S. 31f., BBA 16/17; 44. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 21.5.1902, S. 6 und S. 8f., BBA 16/71; Jahresbericht des Bergbau-Vereins für 1903, S. 6, BBA 16/72.



Menükarte für das Festessen anlässlich des 25jährigen Vereinsjubiläums

frühen 19. Jahrhundert entstandenen bürgerlichen „Gemeinwohl- und Dienstideologie“.³⁴ Wenngleich es sich also um mehr als nur Lippenbekenntnisse handelte, so kamen der Überhöhung des Bergbaus als nationale Aufgabe doch auch handfeste interessenpolitische Funktionen zu. Sie vermochte gegenüber der Öffentlichkeit und der bevorzugt angesprochenen Ministerialbürokratie die Durchsetzung bergbaulicher Partikularinteressen zu legitimieren. In diesem Punkt argumentierte Hammacher also wie die Bergbauunternehmer. Es war diese Mentalitätsausprägung, die es ihm im Regelfall ermöglichte, die Belange der rheinisch-westfälischen Bergbauindustrie guten Gewissens zu vertreten. Gravierende Meinungsverschiedenheiten, wie z. B. in der Zollfrage, blieben eine Ausnahme.

Gleichwohl schwächten Hammachers parlamentarisch-politische Arbeit in Berlin und seine bereits in den 1860er Jahren über das Ruhrgebiet und die Montanindustrie hinausreichenden Interessen potentiell die Handlungsrelevanz seiner Funktion als Vorsitzender des Bergbau-Vereins. Er wuchs sozusagen sukzessive aus seiner Rolle als Vertreter der Ruhrindustrie und Verbandsvorsitzender heraus. Hingegen hatte der Bergbau-Verein vor dem Hintergrund der zunehmenden Interessenfragmentierung und -polarisierung in der deutschen Industrie vor allem die Belange seiner Klientel bzw. seiner Mitgliedsunternehmen im Blick. Dabei dürften Hammachers persönliche Lage und sein Vermögen ihm im Konfliktfall die Vertretung eigener Ansichten und Interessen erleichtert und ihm ein vergleichsweise hohes Maß an individueller Handlungs- und Entscheidungsautonomie gesichert haben. Er war finanziell unabhängig und durch kein Dienstverhältnis gebunden, so daß er zumindest in materieller Hinsicht kaum Nachteile zu befürchten hatte.

Ebenso ist die räumliche Distanz zwischen dem Wohnort Hammachers in Berlin und dem Vereinssitz in Essen nicht zu unterschätzen. Hammacher räumte 1883 selbst ein, daß er seine Aufgaben als Vereinsvorsitzender seit dem Umzug nach Berlin kaum mehr wahrnehmen konnte.³⁵ Infolge seiner häufigen Abwesenheit gingen der unmittelbare Kontakt zwischen dem Vorsitzenden und den Mitgliedsunternehmen und damit letztlich die Einbindung Hammachers in den Verein verloren. Zur Einschätzung der aktuellen Stimmungsla-

³⁴ Bernd Faulenbach, Die Preußischen Bergassessoren im Ruhrbergbau. Unternehmermentalität zwischen Obrigkeitsstaat und Privatindustrie, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 225–242, S. 240. Vgl. ferner Wolfram Fischer, Konjunkturen und Krisen im Ruhrgebiet seit 1840 und die wirtschaftspolitische Willensbildung der Unternehmer, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972, S. 179–193, S. 189; Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924, München 1998, S. 45f., S. 60 u. S. 241; Ernst Wolfgang Orth, Interesse, in: Otto Brunner u. a. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart 1972ff., S. 305–365, S. 352ff.

³⁵ Vgl. 25. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 17.12.1883, S. 34, BBA 16/21.

ge vor Ort war er oft auf Informationen aus zweiter Hand angewiesen, und auch sein Einfluß auf die innerverbandliche Meinungsbildung schwand, konnte er aus der Ferne doch nur begrenzt in die Debatten vor Ort eingreifen.

Als weiterer Faktor kam der Aufstieg der angestellten, primär ihrem Arbeitgeber verpflichteten Unternehmer seit den 1880er Jahren hinzu. In den Führungsgremien des Bergbau-Vereins verzögerte die außergewöhnlich hohe personelle Kontinuität zunächst eine nahtlose Anpassung an den soziostrukturellen Wandel in den Unternehmen. Überspitzt formuliert: Die Verbandsführung war gleichsam mit den Gründungsmitgliedern gealtert und lange Zeit ein Refugium für die der bürgerlichen Honoratiorenschicht entstammenden Gewerken geblieben. So gehörten dem dreiköpfigen Geschäftsführenden Ausschuß 1885 mit einer Ausnahme immer noch die 1859 gewählten Mitglieder an. Ähnliches galt für den Vorstand. Erst seit etwa Mitte der 1880er Jahre kündigte sich ein vorsichtiger Generationswechsel an, in dessen Verlauf mehr und mehr angestellte Unternehmer an die Stelle der Eigentümer-Unternehmer rückten. Insofern repräsentierte der Mitbegründer und Vorsitzende des Bergbau-Vereins Friedrich Hammacher eine nicht mehr zeitgemäße Unternehmergeneration.

All dies begründete ein Spannungspotential zwischen den im Bergbau-Verein organisierten Unternehmen und ihren Vertretern einerseits und dem Vereinsvorsitzenden Hammacher andererseits. Im Gefolge des Bergarbeiterstreiks 1889 sollten diese latenten Widersprüche schließlich offen zu Tage treten und das Ende der Ära Hammacher im Bergbau-Verein nach sich ziehen.

Der Bergarbeiterstreik 1889 und das Ende der Ära Hammacher im Bergbau-Verein

Als es im Frühsommer 1872 erstmals zu umfassenden Arbeitsniederlegungen im Ruhrbergbau kam, reihte sich Hammacher nahtlos in die Streikabwehrfront der Unternehmer ein und trug die Resolution des Bergbau-Vereins vom 9. Juli 1872 mit. Hierin fanden sich im Wesentlichen die Argumente, mit denen die bergbaulichen Arbeitgeber in den folgenden Jahrzehnten immer wieder ihr unnachgiebiges Festhalten an dem berühmt-berüchtigten „Herr-im-Haus-Standpunkt“ und ihre rigorose Ablehnung jeglicher kollektiver Interessenvertretung der Arbeiterschaft begründeten. Der „krankhaften Arbeitsbewegung“ wurde schlichtweg die Legitimation abgesprochen und die betroffenen Zechenverwaltungen dazu angehalten, nicht „die geringste Nachgiebigkeit gegen die unberechtigten Forderungen der Arbeiter zu zeigen“.³⁶ Unter Berufung auf das individuelle Vertragsverhältnis zwischen Ar-

³⁶ Die Resolution findet sich im Bericht über die 13. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 9.9.1872, S. 4f., BBA 16/12. Vgl. zum Streik von 1872 auch Schmidt-Rutsch, Mulvany (wie Anm. 15), S. 289–300; Tenfelde, Sozialgeschichte (wie Anm. 20), S. 470–486; Tschirbs, Ruhrunternehmer (wie Anm. 23), S. 89ff.

beitgeber und einzelnen Arbeiter wurden die Arbeiterdelegierten ignoriert und den Streikenden Kontraktbruch vorgeworfen. Mißstände auf den Zechen vermochte man nicht auszumachen. Vielmehr sei der Streik eine Machtfrage und von externen Aufwieglern angezettelt worden. In diesem Sinne argumentierte auch Hammacher, wobei er – „mehr nationalliberaler Politiker als Vorsitzender“ des Bergbau-Vereins – eine Verbindung zum Kulturkampf herstellte.³⁷ Er machte neben den offen staats- und gesellschaftsfeindlichen Sozialdemokraten primär Aufrührer aus den Reihen des katholischen Klerus und der Partei des Zentrums für den Streik verantwortlich.

Im Verlauf des großen Bergarbeiterstreiks im Mai 1889 rückte Hammacher dann aber von seinen früheren Positionen ab, was schließlich zum Bruch mit seinen Vorstandskollegen und zu seiner Ablösung vom Vereinsvorsitz führen sollte.³⁸ Bei Ausbruch des Streiks in den ersten Maitagen deutete zunächst nichts auf die kommende Eskalation der innerverbandlichen Meinungsverschiedenheiten hin. Von Berlin aus beraumte Hammacher für den 11. Mai 1889 eine Sitzung des Vereinsvorstands an. Ohne die Koordination durch den Bergbau-Verein reagierten die Zechenverwaltungen vor Ort ratlos und uneinheitlich auf die Forderungen der Streikenden. Der verzögerte Aufbau einer gemeinsamen Haltung der Unternehmen ließ die latente, nicht zuletzt der ständigen Abwesenheit des Vorsitzenden geschuldete Führungsschwäche des Bergbau-Vereins sichtbar werden.

In Berlin mußte Hammacher unterdessen von Innenminister Herrfurth erfahren, daß die Regierung die Forderung der Arbeitgeber nach einer aktiven Unterdrückung des Streiks zurückwies und von diesen vielmehr ein Zugehen auf die Streikenden erwartete. Unter diesen Umständen konnte Hammacher am 11. Mai 1889 gegen kritische Stimmen im Vorstand – wobei sich insbesondere der Krupp-Direktor Hanns Jencke hervortat – eine Erklärung durchsetzen, die relativ moderat im Ton war, in der Sache aber unnachgiebig blieb. Die entscheidende Wende kam am 14. Mai 1889. Im Anschluß an den Empfang der Arbeiterdeputierten Schröder, Bunte und Siegel durch Kaiser Wilhelm II. traf Hammacher auf Vermittlung zweier Abgeordneter der Freisinnigen Partei mit den Arbeitervertretern zusammen. Am folgenden Tag hatte man einen Kompromiß ausgehandelt und im sog. Berliner Protokoll niedergelegt. Noch am selben Abend wurde allerdings klar, daß Hammachers Vorstoß „ein mutiger, aber folgenloser Alleingang bleiben würde“.³⁹ Als die Vorstandsmitglieder Hugo Haniel, Wilhelm von Velsen und Emil

³⁷ Schmidt-Rutsch, Mulvany (wie Anm. 15), S. 296. Vgl. ferner Hammachers Rede in der 13. Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 9.9.1872, S. 13, BBA 16/12.

³⁸ Vgl. zum folgenden Przigoda, Unternehmensverbände (wie Anm. 2), S. 82ff. mit weiteren Literatur- und Quellennachweisen; Tschirbs, Ruhrunternehmer (wie Anm. 23), insbes. S. 93–99 und zur Rolle Hammachers Seeber/Wittwer, Hammachers Aufzeichnungen (wie Anm. 2), S. 403–458; Bein, Hammacher (1932), S. 100–128.

³⁹ Tschirbs, Ruhrunternehmer (wie Anm. 23), S. 99.

Krabler in Berlin eintrafen, um am nächsten Tag vom Kaiser empfangen zu werden, verurteilten sie Hammachers Vorgehen scharf. Dieser hatte zwar mit Kritik und Widerständen gerechnet, aber die Vehemenz überraschte ihn. Im Unterschied zum Zollkonflikt in den 1870er Jahren hatte Hammacher mit der Infragestellung des unbedingten betrieblichen Herrschaftsanspruches den Kern des unternehmerischen Selbstverständnisses der bergbaulichen Arbeitgeber berührt. Offenkundig hatte er dies nicht einkalkuliert und die Unnachgiebigkeit seiner Vorstandskollegen unterschätzt. Unterstützung fand Hammachers Linie hingegen bei Wilhelm II. und der Regierung. Der staatliche Druck und die durch Hammachers Alleingang geschaffenen Tatsachen zwangen die Verbandsführung vorübergehend zu einer gemäßigten und flexibleren Haltung gegenüber den Streikenden. Allerdings bestätigte der Vorstand das Berliner Protokoll mit seiner Essener Erklärung am 18. Mai 1889 nur sehr widerwillig. Zugleich mußte Hammacher an diesem Tag aber zur Kenntnis nehmen, daß im Vorstand zwar „kein Wort der Kritik fiel“, sich aber eine „weite Kluft zwischen alten Freunden aufgetan“ hatte.⁴⁰

Fünf Tage später war die Stimmung endgültig zuungunsten Hammachers umgeschlagen. Die Bergbauunternehmer zeigten sich zunehmend enttäuscht und verbittert darüber, daß der Streik trotz ihrer subjektiv als Entgegenkommen empfundenen Haltung noch nicht beendet war, sondern sogar erneut aufzuflammen drohte. Allgemein sah man die Verständigungsversuche als gescheitert an und beschloß einhellig, nun keine weiteren Zugeständnisse mehr zu machen. Die Erklärung des Bergbau-Vereins vom 23. Mai 1889 zeichnete sich dennoch durch einen recht konzilianten Ton aus und betonte die Friedensliebe der bergbaulichen Unternehmer sowie die Bereitschaft des Vereins, Beschwerden einzelner Arbeiter über die Nichteinhaltung der Essener Erklärung entgegenzunehmen und zu prüfen.⁴¹ In der Sache zeigte man sich aber kompromißlos. Trotzdem dürfte die Erklärung kaum geeignet gewesen sein, den Unwillen vieler Zechenverwaltungen über den Kurs der Vereinsführung zu besänftigen. Auch im Vorstand selbst formierte sich der Widerstand gegen den Vorsitzenden. Am 27. Mai 1889 empfahl er den Mitgliedszechen, den Streikenden ein Ultimatum zu stellen und diejenigen aus der Belegschaftsliste zu streichen, die ihre Arbeit bis dahin nicht wieder aufgenommen hatten. Hammacher, der wieder in Berlin weilte und deshalb an der Sitzung nicht teilnahm, hatte erfolglos für die Beibehaltung der modera-

⁴⁰ Zit. nach Seeber/Wittwer, Hammachers Aufzeichnungen (wie Anm. 2), S. 438. Vgl. ferner Protokoll über die Sitzung des Vorstandes des Bergbau-Vereins am 18.5.1889, BBA 16/98, S. 16–24; Berliner Protokoll und Essener Erklärung sind abgedruckt in Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des „Alten Verbandes“* in ausgewählten Dokumenten der Zeit, Bochum 1969, S. 104f. u. S. 118f.

⁴¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Vorstandes des Bergbau-Vereins am 23.5.1889 mit den Sitzungsnotizen Natorps und die Erklärung vom 23.5.1889, BBA 16/98, S. 29–40; Tschirbs, Ruhrunternehmer (wie Anm. 23), S. 100ff.

ten Linie plädiert. Gegen ihn hatten sich die Vertreter einer harten und kompromißlosen Haltung um Eduard Kleine, Hanns Jencke, Emil Kirdorf und Emil Krabler durchgesetzt.⁴²

Der Alleingang Hammachers war Ausdruck seines sozialpolitischen Sinneswandels. Zwar waren die Gespräche mit den Kaiserdeputierten am 14. und 15. Mai 1889 nicht auf seine Veranlassung, sondern aus der Situation heraus zustande gekommen. Aber für ihn war es nach eigenem Bekunden „nicht einen Augenblick zweifelhaft, daß es meine Pflicht sei, der Einladung zu folgen“.⁴³ Indem Hammacher zwar nicht die Initiative, wohl aber die Chance zu einer Aufweichung der verhärteten Fronten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ergriff, zeigte er sich seinem Selbstverständnis entsprechend als „selbständig und unabhängig und aus freier Überzeugung handelnde“ Persönlichkeit.⁴⁴ Daß er sich mit seiner Gesprächsbereitschaft – sei es nun bewußt oder unbewußt – in krassen Widerspruch zur Haltung der Bergbauindustriellen setzte, verweist dabei auf die langfristig gewachsene Distanz zwischen den Unternehmen im Bergbau-Verein und dem Verbandsvorsitzenden.

In den folgenden Monaten vertieften sich die Gräben weiter. Der Bergbau-Verein gewann die Handlungsinitiative zurück und stand im Zentrum der unternehmerischen Gegenmachtbildung. Er koordinierte und organisierte die gemeinschaftliche Unternehmerfront gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft. Die Gründung des Ausstands-Versicherungsverbandes Anfang 1890 festigte die innerverbandliche Geschlossenheit weiter und untermauerte den Führungsanspruch des Bergbau-Vereins. Demgegenüber blieb Hammacher seiner Linie treu. Anfang Dezember 1889 trafen die unterschiedlichen Auffassungen im Reichstag aufeinander. Eduard Kleine verteidigte die Haltung der Arbeitgeber mit den altbekannten Formeln. Hammacher argumentierte hingegen differenzierter und war auf einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen bedacht.⁴⁵ Er nahm zwar die Bergbau-

⁴² Angesichts der nahezu vollständigen Isolierung Hammachers ist mit Tschirbs die von Kealy vorgenommene Trennung zwischen einer eher kompromißbereiten Gruppe von Besitzern auf der einen und der zu keinerlei Zugeständnissen bereiten Gruppe der Manager auf der anderen Seite zumindest für den Maistreik 1889 und die folgenden Monate anzuzweifeln. Vgl. Maura Kealy, Kampfstrategien der Unternehmerschaft im Ruhrbergbau seit dem Bergarbeiterstreik von 1889, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Düsseldorf 1979, S. 175–197, S. 180ff.; Tschirbs, Ruhrunternehmer (wie Anm. 23), S. 103ff.

⁴³ Seeber/Wittwer, Hammachers Aufzeichnungen (wie Anm. 2), S. 429. Siehe auch Hammachers Rede vor dem Reichstag am 4.12.1889, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, VII. Legislaturperiode, 29. Sitzung, 4.12.1889, Berlin 1890, S. 665–670, S. 666f.

⁴⁴ Zit. nach Bein, Hammacher (1932), S. 81.

⁴⁵ Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, VII. Legislaturperiode, 28. Sitzung, 3.12.1889, Berlin 1890, S. 648–652 und dass., 29. Sitzung, 4.12.1889, Berlin 1890, S. 665–670.

unternehmer in Schutz und bescheinigte ihnen, ihre Zusagen eingehalten zu haben. Gleichzeitig räumte er ein, daß beide Seiten Fehler gemacht hätten und es auf den Bergwerken Mißstände gäbe. Ebenso wenig verschwie er die innerverbandlichen Differenzen, ohne sich jedoch hierzu näher auszulassen. Seine Rede gipfelte schließlich in der Forderung, daß die Arbeitgeber die Arbeiter als gleichberechtigt anerkennen müßten und die Initiative nun bei ihnen liegen würde. Die Klärung der Frage, wie weit Hammachers Konzessionsbereitschaft tatsächlich ging und welche sozialpolitischen Konzepte im Detail dahinter standen, muß einer umfassenderen Biographie vorbehalten bleiben.



*Gustav Natorp, Geschäftsführer
des Bergbau-Vereins von 1864 bis 1891*

Nachdem sich Hammacher noch einmal öffentlich von den sozialpolitischen Positionen der Verbandsführung distanziert hatte, war es nur folgerichtig, daß er nun auch formal vom Vereinsvorsitz zurücktrat. Bereits in den Monaten nach dem Streik hatte er sich nahezu vollständig aus der Verbandsarbeit zurückgezogen. Nur am 7. Dezember 1889 nahm er noch einmal an einer Vorstandssitzung teil. Als sich das Gremium nach der Neuwahl in der Generalversammlung Ende 1889 am 21. Februar 1890 neu konstituierte, bewarben sich Hammacher und auch sein Stellvertreter Edmund Heintzmann nicht mehr um ihre Ämter. Zum neuen Vorsitzenden des Bergbau-Vereins erkor der Vorstand den Krupp-Direktor Hanns Jencke.⁴⁶ Im Herbst 1891 legte Hammacher schließlich auch sein Amt als normales Vorstandsmitglied nieder. Wenige Monate zuvor war am 12. Januar 1891 der langjährige Vereinsgeschäftsführer Gustav Natorp verstorben. Beinahe zeitgleich trat damit das Führungsduo Hammacher/Natorp ab, das die Vereinsgeschichte gut ein

⁴⁶ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Vorstandes des Bergbau-Vereins am 20.1.1890, BBA 16/98; dass., 1.10.1891, BBA 16/99; Bein, Hammacher (1932), S. 124–128.



Friedrich Hammacher

Vierteljahrhundert lang maßgeblich geprägt hatte. Beide waren zusammen mit dem Verein gealtert und ähnlich wie Hammacher in sozio-struktureller Hinsicht Ende der 1880er-Jahre nicht mehr repräsentativ für die industrielle Unternehmerschaft des Ruhrgebiets war, so stand auch Natorp für eine zu Ende gehende Phase in der Geschichte der industriellen Interessenverbände.

Epilog

1902 zeichnete der Bergbau-Verein seinen Mitbegründer und Ex-Vorsitzenden Hammacher zusammen mit seinem in diesem Jahr aus der Verbandsführung ausscheidenden Nach-

folger Hanns Jencke mit der Ehrenmitgliedschaft aus. Die Vorgänge um die Verleihung zeigen, wie sehr und nachhaltig die Ereignisse des Jahres 1889 die Atmosphäre vergiftet hatten. Auch noch zwölf Jahre nach dem Rücktritt Hammachers war seine Ehrung umstritten. Vor allem Eduard Kleine, Hammachers Kontrahent in der Reichstagsdebatte, sprach sich entschieden dagegen aus.⁴⁷ In einer außerordentlichen Generalversammlung am 29. September 1902 wurde dann jede Diskussion sowie eine getrennte Abstimmung über die Ehrung der beiden ehemaligen Vorsitzenden unterbunden. Offenkundig fürchtete die Vereinsführung Kritik oder gar eine Ablehnung der Verleihung an Hammacher und die damit verbundene negative Publizität.

Nach seinem Rücktritt konzentrierte sich Hammacher auf seine politischen Aktivitäten. Dem Preußischen Abgeordnetenhaus und dem Reichstag gehörte er bis 1898 an. In seinen letzten Lebensjahren widmete er sich der Arbeit in der Nationalliberalen Partei, in der er eine führende Stellung einnahm. Friedrich Hammacher starb am 11. Dezember 1904 in Berlin.

⁴⁷ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Bergbau-Vereins am 19.6.1902, BBA 16/125, S. 92; außerordentliche Generalversammlung des Bergbau-Vereins am 29.9.1902, BBA 16/71.